

Zukunft nur mit uns!

- 04** *Tarifabschluss im öffentlichen Dienst*
- 06** *Landesfrauentag des dbb*
- 10** *BvLB Fachkommission Lehrerbildung fordert Qualitätsoffensive*





Impulse

**Zeitschrift des Gesamtverbandes der Lehrerinnen
und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen e. V.**

I N H A L T *Ausgabe Dezember 2021*

3 Vorwort

4 Aktuelles

- Zukunft nur mit uns
- Landesfrauentag 2021

8 Pressemitteilungen

- Kick-Off Veranstaltung der Frauenvertretung im BvLB
- Das Gewerkschaftliche in den Fokus gerückt
- Berufliche Bildung braucht gut ausgebildete Lehrkräfte
- Endlich agil handeln, statt kleinkrämerisch die Krise verwalten
- Vierte Welle und nichts dazu gelernt: BvLB fordert Politik zum abgestimmten Handeln auf

14 Aus den Kreisverbänden

- Neue Kreisvorsitzende des glb besorgt um die Neuausrichtung der Berufsschulstandorte

15 In eigener Sache

- Versand der Impulse als PDF
- Vervollständigung der Mitgliederdatensätze
- Änderungsmitteilungen

IMPRESSUM

Zeitschrift des Gesamtverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen e. V.

Herausgeber:

Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen e. V., Somborner Straße 21, 63517 Rodenbach
Telefon 06184 2056657, Telefax 06184 2056658, E-Mail glb.hessen@t-online.de

Gestaltung/Druck:

Werbung und Druck M. Kroeber GmbH
Vogelsbergstraße 5, 63589 Linsengericht, Telefon 06051 9742-0, Telefax 06051 9742-42, E-Mail printinfo@kroeber.com

Redaktion:

Dr. Christian Lannert, Monika Otten, E-Mail glb-hessen@t-online.de

Manuskripte:

Berichte oder Manuskripte werden gern entgegengenommen. Mit der Einsendung bestätigt der Verfasser, dass die Vorlage frei von Rechten Dritter ist. Die Redaktion behält sich eine Veröffentlichung, eine Auswahl, eine Kürzung oder eine redaktionelle Zusammenfassung vor bzw. berichtet über Inhalte. Für die Inhalte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge decken sich nicht unbedingt mit der Meinung des glb und dessen Redaktion. Honorare werden keine vergütet. Für Druckfehler wird keine Haftung übernommen. Der Verfasser stimmt einer Veröffentlichung der Impulsausgabe auf der Homepage zu und gestattet den Versand der Ausgabe mit E-Mail.

Erscheinungsweise:

4-mal jährlich, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

ISSN:

1869-3733

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Das zweite Jahr der Corona-Pandemie geht zu Ende. Die Zeit hat uns allen viel abverlangt. Im vergangenen Jahr wurde uns die Möglichkeit zur Impfung gegeben. Im Frühjahr hat die Landesregierung es ermöglicht, dass sich Lehrkräfte früher impfen lassen konnten und auch jetzt hat das Land Hessen kurzfristig Impfdosen für die Impfung von Lehrkräften zur Verfügung gestellt. Ich hoffe, dass viele von Ihnen diese Möglichkeit in Anspruch nehmen und sich und ihr Umfeld schützen konnten.

Wie auch in den vergangenen beiden Jahren werden wir weiterhin Ihnen wichtige Problemstellungen in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie in unsere Gespräche mit dem Hessischen Kultusminister und hochrangigen Vertreter*innen des Hessischen Kultusministeriums und der Lehrkräfteakademie einbringen.

Unter dem Motto »Zukunft nur mit uns« haben wir im dbb Hessen, dessen Mitglied der glb ist, für einen neuen Tarifabschluss und Besoldungserhöhungen gekämpft. Der dbb und das Land Hessen haben sich auf einen Tarifabschluss geeinigt, durch den die Einkommen um insgesamt mehr als 4 Prozent steigen. Im Übrigen wurde auch das Landesticket verlängert. Hinsichtlich weiterer Verhandlungsergebnisse, insbesondere der strukturellen Verbesserungen, lesen Sie bitte unseren Bericht in der vorliegenden Ausgabe. Zudem soll in einem Besoldungsanpassungsgesetz die Tarifeinigung vom 15. Oktober 2021 aus Dietzenbach auf die Beamt*innen – wie dort vereinbart – systemgerecht übertragen werden.

Der Verwaltungsgerichtshof Hessen hat außerdem bestätigt, dass die Besoldung des Landes Hessen verfassungswidrig ist. Das Gericht hatte einer Klage gegen die Besoldung des Landes Hessen, die der dbb Hessen angestrengt hatte, praktisch auf ganzer Linie recht gegeben und die Verfassungswidrigkeit der Besoldung des Landes Hessen eindeutig festgestellt. Wir möchten an dieser Stelle allen im dbb dabei engagierten Personen, insbesondere dem Landesvor-

sitzenden Heini Schmitt, dafür danken, dass sie einen langen Atem bewiesen haben und in den inzwischen vielen vergangenen Jahren immer weiter an der Sache festgehalten haben (siehe dazu den Artikel hinter dem untenstehenden QR-Code).

Große Sorge bereitet die Neuausrichtung der Berufsschulstandorte, das neue Standortkonzept für die duale Berufsausbildung, das ab 2026 zum Tragen kommen soll. »Wir kritisieren, dass so eine grundlegende Umstellung in einer Zeit umgesetzt werden soll, in der die beruflichen Schulen ohnehin mit einem massiven Einbruch der Ausbildungszahlen zu kämpfen haben und eine Erholung der Zahlen auf absehbare Zeit nicht zu erwarten ist.« So die neue Kreisvorsitzende des Kreisverbandes Bergstraße Mireille Kadel. Lesen Sie dazu den Artikel von Ute Molden »Neue Kreisvorsitzende des glb besorgt um die Neuausrichtung der Berufsschulstandorte«. Aber nicht nur die Kreisverbände vor Ort beschäftigt dieses Thema, sondern auch der Landesvorstand des glb nimmt sich dieses Themas an.

Neben diesen gerade im Vordergrund stehenden Themen werden auch andere wichtige Bereiche in unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit nicht vergessen. Wir engagieren uns auf Bundes- und Landesebene ebenso für viele andere wichtige Aspekte im Bereich der Bildungspolitik, Digitalisierung, Lehrkräftebildung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Gleichstellung. Lesen Sie dazu die weiteren Artikel in der vorliegenden Ausgabe.

Mit den besten Wünschen für ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes und vor allem nicht mehr Corona dominiertes Jahr 2022

Ihre
Monika Otten



Der dbb und das Land Hessen haben sich auf einen Tarifabschluss geeinigt. Damit steigen die Einkommen um insgesamt mehr als 4 Prozent. Das Land wird außerdem ein modernerer Arbeitgeber.

Zukunft nur mit uns

Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst

VON MONIKA OTTEN



»Insgesamt ist das mit Blick auf die Einkommen ein sehr ordentlicher Kompromiss«, sagte dbb Tarifchef und Verhandlungsführer Volker Geyer nach der Einigung am 15. Oktober 2021. »Die eigentliche Stärke bei diesem Tarifabschluss liegt aber in den zahlreichen strukturellen Verbesserungen, die den öffentlichen Dienst auf allen Ebenen attraktiver für Nachwuchs- und Fachkräfte machen und damit neue Perspektiven schaffen.«

Vielfältige Aktionen und das Engagement zahlreicher Personen haben dieses Ergebnis ermöglicht. Bei zwei Aktionen haben sich auch Mitglieder des glb beteiligt. An der Kundgebung am 13. Oktober haben zudem Mitglieder des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen (vlbs) aus Rheinland-Pfalz teilgenommen. Dafür sei ihnen auch an dieser Stelle unser Dank ausgesprochen.

Konkret wurden u. a. folgende Ergebnisse erzielt:

2,2 % zum 1. August 2022

1,8 % zum 1. August 2023, mindestens jedoch 65 €

Sonderzahlung in 2021: 500 €

Sonderzahlung in 2022: 500 €

(bis spätestens März 2022)

Beide Sonderzahlungsbeträge sind Nettobeträge.

Die Laufzeit beträgt 28 Monate.

Im Übrigen wurde auch das Landesticket verlängert.

Weitere Verhandlungsergebnisse, insbesondere die strukturellen Verbesserungen können Sie unter den folgenden Links erfahren. →



Foto: Siggie Urbanek

Die Landesregierung steht zur Zusage, im Zuge der Einkommensrunde 2021 zum TV-H die linearen Anpassungen und die Corona-Einmalzahlungen auf die aktiven Beamt*innen sowie die linearen Anpassungen auf die Versorgungsempfänger*innen zu übertragen. Die bei den Arbeitnehmer*innen vereinbarten beiden Corona-Einmalzahlungen von je 500 Euro werden bei

den aktiven Beamt*innen zu einer einmaligen Zahlung von 1.000 Euro zusammengefasst. Die bei den Arbeitnehmer*innen vereinbarte zweite lineare Erhöhung zum 1.8.2023 um 1,80 Prozent, mind. jedoch 65,- Euro, ergibt in Umrechnung des Mindestbetrags eine lineare Erhöhung um 1,89 Prozent.



Monika Otten, Peter Kurz, Rosalinde Kodym (v. l. n. r.) Foto: Siggie Urbanek



Foto: Siggie Urbanek



Foto: Siggie Urbanek

Der Landesfrauentag des dbb fand am 9.9.2021 unter dem Motto »Mutig in die Zukunft-zu jeder Zeit sind Frauen stark« in Fulda statt. Ich war als Delegierte des glb erstmalig als stimmberechtigte Teilnehmerin vor Ort und konnte mir von der umfassenden und wichtigen Arbeit der dbb Landesfrauenvertretungen das erste Mal live ein Bild machen und viele engagierte Frauen kennenlernen.

Landesfrauentag 2021

VON BRITTA BERGMANN



Der Landesfrauentag ist ein Organ der dbb Frauenvertretung in Hessen und setzt sich aus dem Vorstand der dbb Frauenvertretung sowie den Delegierten der 38 Mitgliedsgewerkschaften und der 4 Bezirksverbände zusammen. Der Landesfrauentag findet alle vier Jahre statt und legt den Grundsatz für die Frauenarbeit im dbb Hessen fest, wählt den Vorstand der dbb Frauenvertretung und berät bzw. beschließt Anträge.

Die Vorsitzende Frau Sonja Waldschmidt begrüßte die Teilnehmerinnen aus den unterschiedlichsten Verbänden und lobte in ihrer Eröffnung die Leistungen der Frauen während der Pandemie. Auch die Vorsitzende der Bundesfrauenvertretung Frau Milanie Kreuz bedankte sich mittels virtuellen Grußworts für das Engagement der teilnehmenden Frauen und motivierte für die zukünftige Arbeit. Als einziger Mann, der an diesem Tag an das Mikrofon trat, begrüßte der Landesvorsitzende des dbb, Herr Heini Schmitt, die anwesenden Frauen und betonte u. a. in seiner kurzen Ansprache die besondere Bedeutung eines hessischen Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst als Vorreiter für die übrigen Bundesländer.

Nach den unterschiedlichen Begrüßungsworten wurde zunächst ein neuer Vorstand gewählt. Als Vorsitzende wurde erneut Frau Sonja Waldschmidt, als stellvertretende Vorsitzende wurden Frau Christine Köhler (dbb Osthessen) und Frau Monika Schreiber (DSTG-Deutsche Steuer-Gewerkschaft) gewählt. Frau Katharina Bonnet-Biedler und Frau Sylvia Maul komplettieren den neuen Vorstand als Beisitzerinnen. Der glb dankt diesen Frauen ganz herzlich für ihr Engagement und wünscht ihnen viel Erfolg und Durchhaltevermögen für die anstehenden Aufgaben. Nach einer Mittagspause begann die inhaltliche Arbeit an diesem Tag. Es galt über die unterschiedlichen Anträge der einzelnen Mitgliedsgewerkschaften zu beraten und darüber abzustimmen und damit die zukünftige Arbeit der dbb Frauenvertretung zu beeinflussen. In Summe wurden 10 Anträge angenommen und damit dem Vorstand zur weiteren Verfolgung der daraus resultierenden Thematik übergeben. →

Neben der Flexibilisierung der Arbeitszeit und der Förderung von Homeoffice im öffentlichen Dienst, wurden unter anderem Anträge angenommen, die sich mit der Anerkennung von Kindererziehungszeiten auch bei Landesbeamtinnen befassen oder mit der Erstattung von Kranken-/Pflegeversicherung während der Elternzeit unabhängig der Besoldungsgruppe.

Die Corona-Pandemie und die damit zusammenhängende Verlegung des Arbeitsplatzes ins Homeoffice hat gezeigt, dass Arbeitsmodelle, die eine ständige Präsenz in der Dienststelle erfordern, überholt sind. Vielmehr benötigt man Arbeitsbedingungen, die flexibel sowohl an äußere Umstände als auch an die individuellen Lebensphasen der Beschäftigten angepasst werden können und somit u. a. die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erheblich verbessern. Die Anerkennung von Kindererziehungszeiten für vor dem 1.1.1992 geborenen Kindern soll analog zu den rentenrechtlichen Regelungen auch für hessische Landesbeamtinnen und -beamten verbessert werden, da es nach Meinung der Antragssteller nicht sein könne, dass der Beschäftigungsstatus bzw. der Alterssicherungsstatus darüber entscheidet, ob Kindererziehungszeiten angerechnet werden oder eben nicht.

Zudem wurde ein Antrag angenommen sich dafür einzusetzen, dass Landesbeamtinnen und Landesbeamte jährlich eine Auskunft über die voraussichtliche Höhe ihrer Versorgungsbezüge erhalten. Bisher wird auf Antrag max. zweimal eine ebensolche Auskunft erteilt. Wenn bereits eine Auskunft vor dem 55. Lebensjahr erteilt wurde, kann die zweite allerdings erst nach dem 55. Lebensjahr beantragt werden, nicht aber vor Ablauf von 5 Jahren. Dies könnte gerade für Frauen,

die aufgrund von Kindererziehung häufig geminderte Pensionsansprüche haben, zu spät sein, um sich eine ausreichende Altersversorgung aufzubauen. Eine regelmäßige Versorgungsauskunft könnte frühzeitig auf eventuelle »Versorgungslücken« aufmerksam machen und ein Gegensteuern ermöglichen.

Der glb hat ebenfalls einen Antrag eingereicht, der einstimmig angenommen wurde. Inhaltlich befasst sich dieser mit der Weiterbeschäftigung befristeter TV-H-Lehrkräfte während der Sommerferien im Falle von Mutterschutz- bzw. Elternzeiten. Die dahinterstehende Problemlage ist folgende: Fehlende Planstellen sorgen dafür, dass Lehrkräfte nach dem zweiten Staatsexamen häufig auch über mehrere Jahre hinweg nur befristete TV-H-Verträge angeboten bekommen. Gehen dann diese jungen Lehrkräfte in Mutterschutz und/oder Elternzeit erhalten sie häufig keinen neuen TV-H-Vertrag bzw. Planstellenangebot. Möchten sie allerdings nach dem Mutterschutz/der Elternzeit im laufenden Schuljahr wieder einsteigen, bekommen diese in der Regel einen neuen befristeten TV-H-Vertrag. Häufig erreichen sie in diesen Fällen nicht die vorgeschriebenen 35 Kalenderwochen, z.B. weil sie im zweiten Schulhalbjahr wiedereingestiegen sind, um auch die Sommerferien in den befristeten TV-H-Vertrag miteinzuschließen. Dies diskriminiert besonders Frauen, ist im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nachvollziehbar und kann nicht im Sinne eines »familienfreundlichen Arbeitgebers« wie dem Hessischen Kultusministeriums sein.

Um 15:40 Uhr endete ein für mich sehr interessanter aber auch arbeitsreicher Landesfrauentag 2021. ←

Kick-Off Veranstaltung der Frauenvertretung im BvLB

VOM BVLB BUNDESVERBAND

SABINE PETERS-KLEIN

Die BvLB Frauen trafen sich Ende September in Fulda mit dem Ziel, eine schlagkräftige Frauenvertretung aufzubauen und Frauen im BvLB sichtbarer zu machen. Prof. Gunnar Spellmeyer und Kai Schirmeyer, beide sehr kreative Menschen, leiteten durch das Seminar und schafften es sehr schnell, ein Team aus den anwesenden Frauen zu formen.

»Menschen interessiert nicht, WAS du tust, sie interessiert, WARUM du es tust.«

Warum wollen sich so viele engagierte Frauen im BvLB einbringen und den Verband weiterbringen? Auf der Suche nach Antworten wurden einige, nur scheinbar triviale, Erkenntnisse gewonnen:

- Feiere und bejubele deine Teilerfolge – es muss nicht alles sofort perfekt sein!
- Halte immer wieder inne und justiere dich neu – der Weg führt nicht immer direkt zum Ziel
- Verstehe den Prozess als Tanz mit vielen Tanzschritten, die manchmal vor, manchmal zurückführen – aber jeder Schritt bringt dich dem Ziel näher.

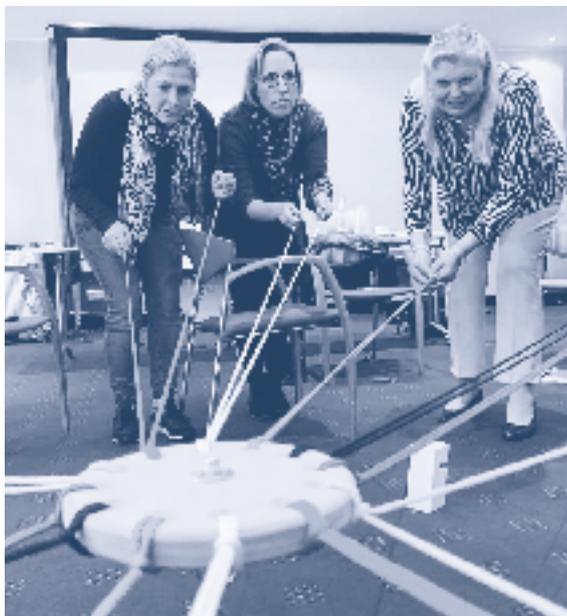
So suchten wir mal vor-, mal zurückgehend, nach dem »WHY« der BvLB Frauenvertretung und kamen zuneh-

mend zu dem Ergebnis, dass »Frauen« zu kurz gedacht ist – die Vielfalt der Lehrkräfte an beruflichen Schulen sollte sichtbarer werden.

In hervorragend moderierten Prozessen, wichtigen Informationen und kleinen Auflockerungen zwischen-durch kamen wir in zwei verschiedenen Gruppen auf ein Ergebnis: Wir wollen das Lehren und Lernen in der beruflichen Bildung aus diversen Perspektiven aktiv gestalten.

Die Frauenvertreterin Sabine Peters-Klein sagte nach dem Seminar: »Es war ein tolles, bereicherndes Seminar für die Teilnehmerinnen. Wir haben uns auf den Weg gemacht eine breit aufgestellte Frauenvertretung aufzubauen und diese langfristig zu festigen.«

In den nächsten Monaten sollen diese ersten Schritte in Videokonferenzen weitergegangen werden, es sollen konkrete Anträge und Wünsche an den Bundesvorstand formuliert werden und in einer weiteren Präsenzveranstaltung im März die Arbeit fortgesetzt werden. ←





Bereits bei den digitalen Branchentagen im Mai hat der BvLB Pläne für den gemeinschaftlichen Aktionstag am 14. Oktober geschmiedet, um die tariflichen Forderungen der aktuellen Verhandlungsrunde zu untermauern. Bei der Klausurtagung mit den Landesvorsitzenden am letzten Wochenende in Berlin setzte Wolfgang Lambl als stellvertretender Bundesvorsitzender und hier für den Themenkomplex Tarif verantwortlich das Thema auf die Agenda und lud dazu einen prominenten Gastredner ein. Volker Geyer, Fachvorstand Tarifpolitik des dbb und zeitgleich stellvertretender Bundesvorsitzender des dbb, nutzte die Bühne, um die BvLB-Mitglieder auf die bevorstehenden heißen Wochen der Verhandlungsrunden einzustimmen.

time Engagement, mit Technik von gestern und ohne Konzepte Unterricht in der schwierigen Situation zu gestalten. Die Arbeit der Berufsbildner ist elementar. Selbst in der öffentlichen Wahrnehmung wurden der Pragmatismus und die Tatsache, das Lehrende der beruflichen Bildung statt zu meckern lieber handeln, deutlich wahrgenommen und entsprechend gewürdigt«, sagte Joachim Maiß, BvLB-Vorsitzender. Geyer bekräftigte daraufhin, dass sich auch deshalb dieser Einsatz deutlich im Geldbeutel bemerkbar machen müsse. »Dafür kämpfen wir gemeinsam mit den verbeamteten Lehrkräften an der Seite der Tarifbeschäftigten, dass die Einkommen durch die Bank um 5 Prozent - aber mindestens um 150 Euro im Monat - bei einer Laufzeit von zwölf Monaten steigen«, sagte Volker Geyer in seiner gewohnt kämpferischen Art.

Der Startschuss für die erste Verhandlungsrunde fällt am 8. Oktober in Berlin. Kommt hier kein tragfähiges Angebot der Arbeitgeber – und davon gehen dbb und BvLB aus – planen die Berufsbildner für den 14. Oktober einen Aktionstag, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. »Möglichst jeder Landesverband sollte drei bis vier publikumswirksame Standorte wählen und hier koordiniert in Aktion treten«, sagt Lambl.

Mehr zum Thema gibt es beim »Einkommensrunden-Spezial« des dbb.

Das Gewerkschaftliche in den Fokus gerückt

dbb Fachvorstand Tarifpolitik bei Klausurtagung mit Landesvorsitzenden in Berlin

VOM BVLB BUNDESVERBAND

»Gerade in der Coronakrise haben die Berufsbildner Enormes geleistet, das weit über das normale Maß geht. Das gilt sowohl bei der Mehrbelastung durch viele zusätzlich geleistete Stunden, um überhaupt einen Distanzunterricht zu ermöglichen, als auch für das krea-



Die BvLB-Experten für die Lehrerbildung kamen Mitte September in Fulda erstmals wieder persönlich zusammen. Sie tauschten sich an zwei Tagen mit dem stellv. BvLB Bundesvorsitzenden

Die berufliche Bildung braucht starke, gut qualifizierte Lehrkräfte, die sich kontinuierlich weiterbilden, um so immer auf dem aktuellen Stand zu sein. Nur so wird es ihnen gelingen, die jungen Menschen in unserem Land auf ein eigenständiges Leben mit hervorragenden Karrieremöglichkeiten im Handwerk, in den Dienstleistungsberufen, und der Wirtschaft vorzubereiten.

Berufliche Bildung braucht gut ausgebildete Lehrkräfte

BvLB-Fachkommission Lehrerbildung fordert breitgefächerte Qualitätsoffensive

VOM BVLB BUNDESVERBAND

Pankraz Männlein zum eklatanten Lehrkräftemangel, zu aktuellen Entwicklungen und zur Modernisierung der Ausbildung von Berufs- und Wirtschaftspädagogen aus.

»Um den Nachwuchsproblemen im Bereich der Lehrkräfte an den beruflichen Schulen zu begegnen, muss es uns gelingen, den Schulabgängern und Studierenden zu vermitteln, wie vielfältig, anspruchsvoll, erfüllend und gesellschaftlich hoch relevant der Beruf der Lehrkraft an beruflichen Schulen ist. Von der Politik müssen Anreize geschaffen werden, damit sich viel mehr junge Menschen für diesen wunderbaren und zukunftsweisenden Beruf entscheiden - **Wenn Lehramt, dann Lehrkraft an beruflichen Schulen**«, sagte Männlein. ←



Corona und kein Ende: Der BvLB-Bundesvorsitzende appelliert an die gesellschaftliche Verantwortung eines jeden Einzelnen und formuliert eindringliche Forderungen an Politik und Verwaltung für sichere berufliche Schulen.

Endlich agil handeln, statt kleinkrämerisch die Krise verwalten

VOM BVLB BUNDESVERBAND
JOACHIM MAISS

Selbstverständlich kann man das politische Versagen auf breiter Front in der Coronakrise anprangern. Die Halbwertszeit der politischen Aussagen während der Pandemie überdauert mitunter nicht mal mehr einen Tag. Was gestern kategorisch ausgeschlossen wurde, ist heute Realität. Ja, das ist erschreckend, wie so vieles in der Krise.

Nur hilft diese Erkenntnis nicht – weder die vierte Welle zu brechen noch berufliche Schulen zu einem sicheren Ort zu machen, damit der so wichtige Präsenzunterricht auch weiterhin stattfinden kann. Deshalb appelliert der Vorsitzende des Bundesverbandes der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB), Joachim Maiß, an die gesellschaftliche Verantwortung und wendet sich mit einem offenen Brief an Politik und Verwaltung. Denn die Berufsbildner jammern zwar nicht, leisten noch immer Enormes, aber sie sind längst am Anschlag.

»Nach 21 Monaten mit dem Virus, einem ewigen Auf und Ab der Regelungen, immer viel zu spät und oft unverständlich und wenig nachvollziehbar, sind wir jetzt mitten in der vierten Welle – der Letzten? Oder geht das so weiter? Sorry, nicht nur die Politiker sind verantwortlich für die aktuelle Lage. Wir alle sind viel zu sorglos mit dem Virus umgegangen. 2G wiegt uns in Sicherheit. 2G+ ist besser! 1G ist vielleicht top und eine allgemeine Impfpflicht wird immer sinnvoller. Aber mal ehrlich, wo ist denn aktuell unsere Einschränkung in unseren Bewegungsmustern – die das Infektionsgeschehen brechen könnte?

Bars, Clubs und Disco sind toll und wichtig für die Betreiber und unser Wohlbefinden. Ebenso wie Weihnachtsmärkte, die eigentlich einstimmen sollen auf die besinnliche Zeit. Aber bis Weihnachten sollten wir uns mit Rücksicht auf die Krankenhäuser sehr zurückhalten, wenn die Politik das nicht anfassen mag, dann sollten wir dies aus Eigenschutz tun. Kommen wird der erzwungene Verzicht über kurz oder lang eh, rollt die Welle, gleich einem Tsunami, über die Republik hinweg, erzeugt Hotspots und erzwingt den Teillockdown.

Die mangelhafte Ausstattung der Klassenräume mit Luftfiltern, die 99,998 % aller Aerosole aus der Raumluft filtern und die Sicherheit in Schulen nachweislich steigern, grenzt zwar an Staatsversagen. Dennoch beklagen sich die Berufsbildner nicht. Das Thema ist schlicht wieder einmal viel zu spät, zu zaghaft und ohne wirklichen Willen angefasst worden, obwohl es Beispiele für →

eine rasche und effektive Umsetzung gibt. Stattdessen wird uns 20-5- 20 (20 Minuten Unterricht, fünf Minuten quer Lüften, 20 Minuten Unterricht) wieder durch den Winter begleiten.

Die Illusion, dass die Schulen offenbleiben und das Versprechen der Politik, Schulen auf keinen Fall wieder zu schließen, ist ein frommer Wunsch und Realitätsverweigerung. Denn Sachsen hat bereits angekündigt, die Schulen zu schließen und Brandenburg sowie Sachsen-Anhalt setzen die Präsenzpflcht außer Kraft. Derweil mändert die designierte Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP), trotz explodierender Infektionszahlen, keine Schulschließungen machen zu wollen. Aber: Sie werden flächendeckend kommen! Wir sollten uns schon jetzt darauf vorbereiten, um sofort agieren zu können. Denn die entsprechenden Rundverfügungen der Kultusminister kommen wie gehabt auf den allerletzten Drücker, bestimmt wieder am Freitagnachmittag bevor der Erlass am Montag darauf greift und keine Vorlaufzeit zum Umswitchen von Präsenz- auf Distanzunterricht lässt.

Ja, diese ganze Testerei und Überprüfung ist nervig, aber zwingend notwendig. Ob die Nachverfolgung und Quarantäneausprache durch Schulleitung und Kolleginnen und Kollegen wirklich nötig und sinnvoll sind, kann man hinterfragen. Einfach machen, um die Kolleginnen und Kollegen im Gesundheitsamt – die sind auch Öffentlicher Dienst – zu entlasten, ist jetzt eine faire Entscheidung. Aber bitte, liebe Politik und Verwaltung, überlegt Euch endlich was zur Entlastung.

Seien es die vorgezogenen Weihnachtsferien oder zwei Deputatsstunden »Corona-Verwaltung«, die nötig sind, um den Alltag zu stemmen. Ganz zu schweigen von einer Coronaprämie, die das Engagement würdigt, oder wenigstens eine offene Haltung in der aktuellen

Tarifrunde – 5 % Prozent sind wirklich nicht überzogen angesichts einer darüber hinaussteigenden Inflation.

Politiker, lasst Euch endlich was einfallen, nicht nur weil bald Weihnachten ist, sondern weil die Schulen ohne das Engagement der Lehrkräfte und Mitarbeiter*innen in dieser 4. Welle, die eher an einen Tsunami erinnert, gegen die Wand fahren.

Nötig ist jetzt:

- Boostert so schnell wie möglich alle in Schule!
- Optimiert die Testungen! Am besten täglich!
- Was spricht eigentlich gegen 2G+ in der beruflichen Schule?
- Masken sind lästig, aber wichtig. Modifiziert die Rahmenstundenpläne, alle 40 Minuten zwingend 10 Minuten Pause!
- Forciert die Beschaffung von Luftfiltern, die nächste Welle kommt bestimmt!
- Forciert die Planung für den unausweichlichen Schulloekdown, der garantiert kommen wird und Distanzunterricht erfordert!
- 2 Stunden Coronaverwaltung zur Entlastung für alle!
- Öffnung der »Nachholmittel« für den Einkauf von Entlastungspersonal und für die Erweiterung multiprofessioneller Teams für virtuelle Betreuung auch durch Referendare und Studenten!
- Seid kreativ, agil und bloß nicht länger kleinkrämerisch!«

Quelle:
Pressemitteilung / Offener Brief des BvLB vom 25.11.2021

Die Corona-Infektionen steigen rasant. Vor allem unter Schülerinnen und Schülern explodieren die Inzidenzzahlen und überschreiten mancherorts die 1000er Marke. Gleichsam laufen die Intensivstationen voll.

Einheitliche Corona-Regeln statt bundesweitem Flickenteppich

Vierte Welle und nichts dazu gelernt: BvLB fordert Politik zum abgestimmten Handeln auf

VON JOACHIM MAISS

Die politische Reaktion darauf: Während die erst Ende September in Bayern aufgehobene Maskenpflicht mit dem Ende der Herbstferien gestern wieder eingeführt wurde, sind die Masken im Unterricht in Nordrhein-Westfalen seit Anfang November gefallen. Das ist niemandem mehr zu erklären.

Angesichts dieser Tatsache fordert der Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB) bundesweit einheitliche Coronaregeln beim Hygiene- und Gesundheitsschutz für die beruflichen Schulen sowie eine tägliche Testpflicht für alle, die in die Schulen strömen. Nur so kann der wichtige Präsenzunterricht über den ganzen Winter hinweg aufrechterhalten und verhindert werden, dass das Virus in die beruflichen Schulen getragen wird.

»Nur ein einheitliches Handeln der Politik führt letztlich dazu, dass die Entscheidungen gesellschaftlich auf breiter Ebene mitgetragen werden. Uneinheitliches Vorgehen irritiert hingegen, lässt Zweifel aufkommen, inwieweit Politik überhaupt noch in der Lage ist, vorausschauend und verantwortungsvoll zu handeln. Letztlich geht es einzig darum, Schulen für Schülerinnen und Schüler sowie für die Lehrkräfte zu einem sicheren Ort zu machen. Es muss klar definiert sein, ab welchem Inzidenzwert die 3G-Regel in den beruflichen Schulen Anwendung findet«, sagt Joachim Maiß, BvLB-Vorsitzender.

Die Pandemie kann nur gemeinschaftlich überwunden werden, wenn überall nachvollziehbar dieselben Regeln greifen und damit das verantwortungsvolle Handeln eines jeden Einzelnen geschürt wird. »Das gilt für den Besuch auf dem Weihnachtsmarkt ebenso wie in der Schule oder im Fußballstadion in allen 16 Bundesländern. Ein föderaler Flickenteppich ist da kontraproduktiv und führt letztlich nicht dazu, die Impfbereitschaft zu steigern. Aber genau die brauchen wir. Niederschwellige Impfangebote, der Impfbus auf dem Schulhof, statt eines ewigen Hin und Her in irgendwelchen Verordnungen, bei der sich die Bevölkerung nur noch kopfschüttelnd abwendet.«

Quelle:
Pressemitteilung des BvLB vom 09.11.2021



Neue Kreisvorsitzende des glb besorgt um die Neuausrichtung der Berufsschulstandorte

VON UTE MOLDEN

Die Kreismitgliederversammlung des Gesamtverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (glb) wählte einen neuen Kreisvorstand. Die neue Kreisvorsitzende, Mireille Kadel (Heinrich Metzendorf Schule, Bensheim) wurde einstimmig gewählt und bedankte sich für das entgegengebrachte Vertrauen. Der stellv. Vorsitzende Uwe Bickelhaupt wurde im Amt bestätigt. Yvonne May von der ESS Lampertheim wurde erneut als Kreisschatzmeisterin, Dr. Christian Lannert als Beisitzer und Thomas Seeger als Schriftführer gewählt.

Die Versammlung dankte der ausgeschiedenen Kreisvorsitzenden Ute Molden von der Karl Kübel Schule in Bensheim für die in den vergangenen Jahren geleistete engagierte Arbeit.

Neben der Neuwahl des Kreisvorstandes standen auch wichtige aktuelle bildungs- und schulpolitische Themen auf der Agenda. Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Test- und Dokumentationspflichten in Verbindung mit der Erstellung und Umsetzung von Hygienekonzepten für den Schul- und Unterrichtsbetrieb bedeutet einen Zuwachs an Verwaltungs- und Dokumentationsaufgaben vor Ort, die die Kolleginnen und Kollegen stark belasten. An großen vernetzten Systemen der Beruflichen Schulen mit vielen Oberstufenkursen sind die Prozesse für den Infektionsschutz sehr komplex. Auch die psychischen Belastungen des Unterrichtens in Zeiten einer Pandemie sind in den Kollegien spürbar. Insgesamt müssen

Schulen hier stärker unterstützt und entlastet werden, so der Tenor der Mitglieder des Kreisverbandes.

Angesichts der Herausforderungen im Bereich der Digitalisierung sei es nicht nachvollziehbar, dass die Lehrer-Endgeräte, noch nicht an allen Schulen ausgeliefert sind, so der Stellv. Kreisvorsitzende Uwe Bickelhaupt. Ohne WLAN könne man zudem die Geräte nicht vollumfänglich nutzen. In den nächsten fünf Jahren sollen im Kreis insgesamt ca. 31,2 Millionen Euro in die Digitalisierung investiert werden. Hierfür ist geplant, bis Ende 2022 die Glasfaserarbeiten abzuschließen und bis 2023 das WLAN flächendeckend in allen Schulen einzuführen (Kostenfaktor ca. 1,7 Millionen Euro).

Große Sorge bereitet die Neuausrichtung der Berufsschulstandorte, das neue Standortkonzept für die duale Berufsausbildung, das ab 2026 zum Tragen kommen soll. »Wir kritisieren, dass so eine grundlegende Umstellung in einer Zeit umgesetzt werden soll, in der die beruflichen Schulen ohnehin mit einem massiven Einbruch der Ausbildungszahlen zu kämpfen haben und eine Erholung der Zahlen auf absehbare Zeit nicht zu erwarten ist.« So die Kreisvorsitzende Mireille Kadel. »Die jahrgangsbezogenen Mindestgrößen unterliegen einem Ampelsystem: nach zweimaligem Unterschreiten der Mindestgrößen, egal in welcher Jahrgangsstufe, dürfen keine neuen Klassen mehr im Ausbildungsgang gebildet werden. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit führt das Auslaufen eines Ausbildungsberufs vor Ort zum Wegbrechen ganzer Ausbildungsstrukturen in der Region. Betriebe sind nicht mehr bereit auszubilden oder sie finden kein Personal, das bereit ist die langen Wege auf sich zu nehmen. Gerade vor dem Hintergrund der mangelnden Bereitschaft junger Menschen in das Handwerk zu gehen, ist die kontraproduktiv. Die Kolleginnen und Kollegen sind stark verunsichert, weil die massiven Auswirkungen für die ländlichen Berufsschulen absehbar sind. Hier muss ein Prozess der Beteiligung stattfinden, um den ländlichen Raum und die Wirtschaftsregion zu stärken.«



In eigener Sache

Versand der Impulse als PDF

Auf vielfache Nachfrage ist es nun möglich, die Impulse zukünftig als PDF zu erhalten.
Bitte mailen Sie uns dazu folgende Angaben an die Geschäftsstelle unter: glb-hessen@t-online.de

Name Wohnort

Vorname Postleitzahl

Straße

Sollten Ihre Adressdaten unvollständig oder nicht korrekt sein, bitten wir um Korrektur oder Ergänzung

Ich möchte zukünftig die Impulse als PDF via E-Mail erhalten.

Bitte senden Sie mir diese an folgende E-Mail-Adresse:

.....

In eigener Sache

Vervollständigung der Mitgliederdatensätze

Liebe Kollegin, lieber Kollege,
um Ihnen zeitnah und kostengünstig für Sie relevante Informationen über
→ Veranstaltungen des glb (Seminare, Berufsschultag, Personalratsschulungen ...),
→ Gesetzesänderungen (Beihilferecht, Besoldung, Tarifverhandlungen, Versorgungsrecht, Personalvertretungsgesetz ...) zukommen lassen zu können, benötigen wir Ihre E-Mail-Adresse.

Ich bitte Sie, der glb-Geschäftsstelle Ihre E-Mail-Adresse mitzuteilen.

Bitte senden Sie eine Mail mit Ihrem Vor- und Zunamen und Ihrem Wohnort an: glb.hessen@t-online.de
Ihre E-Mail-Adresse wird nur für glb-interne Zwecke verwendet. Sie wird nicht an Dritte weitergegeben.

Wir bedanken uns für Ihre Kooperationsbereitschaft und Ihre Mithilfe, die Kosten für den Verwaltungsaufwand so gering wie möglich zu halten.

Der Landesvorstand

.....

In eigener Sache

Änderungsmitteilungen

Liebe Kollegin, lieber Kollege,
bitte denken Sie daran, die glb-Geschäftsstelle zu informieren,
→ wenn sich Ihre Besoldungsgruppe geändert hat.
In der Freude über eine Beförderung, über die Beendigung des Vorbereitungsdienstes oder über eine Pensionierung wird dies leider oft vergessen.
Wir benötigen die Besoldungsgruppe und die Information, ob Sie in Vollzeit oder in Teilzeit (bis 50 % bzw. über 50 %) beschäftigt sind.
Bitte teilen Sie uns auch mit, wenn

→ Sie die Dienststelle/Schule wechseln,
→ Teilen Sie uns bitte rechtzeitig mit, wenn sich Ihre Kontoverbindung ändert (die Mitteilungen der Änderung der Kontoverbindung muss 4 Wochen vor Beitrageinzug bei uns eintreffen, damit sie berücksichtigt werden kann).

Änderungsmitteilungen senden Sie bitte an: glb.hessen@t-online.de

Herzlichen Dank!
Der Landesvorstand

